

Das Ruhrgelder-Kabinett und die Parteien

Berlin. Das Kabinett ist in aller Zusammenhang unter Platz als Reichskanzler gebildet. Über die Vorberatungen zwischen Zentrum und Demokraten werden verschiedene Berichte verbreitet, während die demokratische Presse von einer Vereinbarkeit der Deutschen Volkspartei zur Großen Koalition spricht, berichtet die "Deutsche Tageszeitung": Am Nachmittag fanden denn auch langwierige Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei in diesen Stunzen statt, die zum Ergebnis hatten, daß die Deutsche Volkspartei ihren grundsätzlichen Widerstand gegen eine koalitionsmäßige Einbegliederung der Demokraten aufgab, im übrigen aber vom Zentrum das jetzt wesentliche Zusagen erzielte, daß eine einheitliche Einigung nach links unverhindert. Die Volkspartei hat damit also erreicht, daß das Kabinett freie Hand nach beiden Seiten zur späteren Verbreitung der Koalition hat, die Demokraten aber sich einer lokalen Unterwerfung unterziehen müssten." Der "Vorwärts" betont, daß die Sozialdemokratie ihre Hand gegenüber dem neuen Kabinett habe — sie wurde von den Verhandlungen völlig ausgeschaltet — vielleicht jedoch Marx' persönliche Ehrenhaftigkeit und republikanische Erziehung. Die "Deutsche Tageszeitung" erklärt, daß die Deutschnationalen kein Interesse an dem sofortigen Ausbruch einer neuen Krise haben. Die demokratischen Jetzungen sind damit einverstanden, daß die Flaggenverordnung nicht aufgehoben wird, ihre Durchsetzung soll aufgeschoben werden, bis die von Hindenburg verlangte Regelung der Flaggenfrage im schwarz-weiß-roten Sinne erfolgt. Eine zweitmittelbarkeit im Reichstag dafür ist allerdings kaum zu finden. Das jetzige Uebergangskabinett hat den Hauptauftrag, den Kampf gegen den Volksentscheid, der auf den 20. Juni angesetzt wurde, zu organisieren. Es wird sich dabei wie in der Flaggenfrage auf die Deutschnationalen stützen.

Justizrat Glas leugnet Putschpläne

Berlin. Der Führer des Altheren Verbandes, Justizrat Glas, veröffentlicht eine ausführliche Erklärung gegen die Entführungen der Berliner Polizei. Die voröffentliche Notverordnung kamme aus dem Jahre 1922, er und seine Freunde hätten nicht daran gedacht, in der jetzigen Situation Putschpläne zu erarbeiten. Glas gibt zu, daß er mit Hugenberg und dem späteren Oberbürgermeister Neumann darüber verhandelt habe, ob sie in eine Regierung der besten Männer Deutschlands einzutreten wüssten. sowohl Hugenberg wie Neumann hätten dies aus persönlichen Gründen abgelehnt. Daß die Justizisten sich abschütteln fühlten, zielte die Tatsache, daß auch Glas gegen die Haftnahmen und Maßnahmen der politischen Polizei mit allen Rechtsmitteln vorgehen will und einen Streiktag wegen Haftverschwendens, Verleumdung des Reichsgerichts und Unbedecktheit zu stellen. Der "Volksanzeiger" richtet an die preußische Regierung eine offizielle Anfrage, ob es Tatsache sei, daß der voröffentliche Entwurf einer Notverordnung mit schon seit drei Jahren im Besitz der preußischen Staatsregierung befindet. Der Überreichsanwalt hat bis heute gegen keinen der putschistischen Berchwörer irgendwelche Maßnahmen ergriffen. Sie befinden sich alle noch in voller Freiheit und können hier alle Spuren verwischen und den Aufmarsch der Putschverbände vorbereiten.

Immer neue Mordmassen der Faschisten

Im Dorfe Rambek bei Lübeck wurde ein großes Waffenlager festgestellt, das zu einem Gut von Dr. Lang gehört. Es ist durch die Polizei abtransportiert worden und handelt sich um erhebliche Mengen von Waffen, Munition und Auszühlungsgegenständen, darunter 80 schwere Maschinengewehre und einige hundert Infanteriegewehre. Das Lager befand sich in einer Scheune. Dr. Lang wurde natürlich nicht verhaftet.

Auch aus Großbeeren wird berichtet, daß in der Erziehungsanstalt Struvenhof am vergangenen Sonntag weitere Waffenstunden gemacht wurden. Der Besitzer eines in der Nähe liegenden Gutes rißte Schießstände ein.

Die ständigen Neuerbosungen von nationalsozialistischen Waffenlagern zeigen der Arbeiterchaft die Notwendigkeit der erhöhten Gewaltthätigkeit, des Zusammenhaltes zur gemeinsamen Abwehr.

Die Freisetzung all der völkischen Putschisten nach Bezeichnung zu einem härteren Aufmarsch der Faschisten für die Befreiung der Proletarier sei, die wegen einer Kinderklinik im Gefängnis sitzen. Gibt die Einheitsfront gegen die Reaktionen. Erwinge die Freilassung der Opfer der Kloßensjustiz.

Aufmarsch der Einheitsfront

Sagt. An der gestrigen, unter Führung des Allianzaußenministers der Arbeiterorganisationen stattgefundenen Demonstration beteiligte sich fast die ganze Arbeiterschaft von Süß und den Kreisen Sühl und Schleusingen. Der Demonstrationszug, der dreiviertel Stunden lang war, endete auf dem Marktplatz; hier kamen mehr als über 3500 Personen. Im Zug befand sich auch ein kleiner Reichsbannerzug der mit schwungvollen Rahmen demonstrierte. Es ist bemerkenswert, daß der sozialdemokratische Redner aufforderte, die Arbeiterschaft müsse sich zu Abwehrorganisationen gegen die faschistischen Verbände zusammenschließen.

"Und das Licht scheint in der Finsternis"

Die russische Revolution hat den Schleier der Finsternis zertrümmert, der dem Judentum lebenswichtig war. Das Licht scheint viel heller und klarer, als selbst Tolstoi es geahnt. Seine verhasste Rücksicht zur Primitivität des Urtümertums ist auch vom leichten Bauer als Erwegen erkannt. Das russische Volk hat trotzdem den Andenken des mutigen Wahlheitsluchters. Und des Dramatikers? Seine Dramen gehören heute ihrer Geschichte an; ihre Lebensmöglichkeit ist mit dem alten Russland erloschen. Das Auge des Kommunismus haucht diese Konflikte aus der Welt. Ganz der Arbeitstum distanziert man Trotzkiendau und Elektrofizierung. Die Struktur der Noien Armeo erläutert die Frage der Erdbevölkerung. Und die Scheaerzeugung eines Sojus belässt die Gottserzeugung der Arbeiter und Bauern. Das Licht scheint also in der Finsternis. Ein Drama das um so lebhafte Empathiefähigkeit ringt, erscheint uns ihres literaristischen. Seine Aufführung ist überflüssig geworden. Besonders wenn es von so gewaltigem und veralteter Technik ist.

Das Neu: Theater war im Hinblick auf zärtlichgebliebene Spießer oder auf eigene antiquierte Anschauung anderer Meinung. Man benötigte dazu sogar den Gostregisseur O. Bernstein. Der hat dann auch mit Fleiß russische Kostüm und Requisiten bis hinunter zum Gartenstuhl zusammengeholt. Stimmt nun trotz dieser Bemühungen nicht auf. Zum Teil lag es an den Schauspielern.

Vielleicht versucht man es einmal mit neuem russischen Theater. Es muß ja nicht gerade in den nächsten zehn Jahren sein!

Neues aus Rußland

Zur Verbesserung der Technik in der Sowjetunion. Die Entwicklung der sozialistischen Industrie der Sowjetunion auf Grundlage der Verbesserung des technischen Niveaus ist eine programmatische Vorderung des heutigen Rücklands. In einem umfangreichen Artikel in der Moskauer "Brawda" legt W. Bogdanow (der frühere Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates der RSFSR), welcher kürzlich mehrere Wochen in Deutschland ge-

Rüstet zum Volksentscheid!

Auslagen der Wahlkästen vom 6. bis 11. Juni

Von der Reichsregierung ist nun endgültig beschlossen, den Volksentscheid über Flüchtleneignung am

20. Juni

Wahlzähnen zu lassen. Zur Abstimmung werden Stimmzettel herausgegeben, auf denen entweder ja oder nein angekreuzt sind. Wer die Einstellung der Flüchten will, der muß ja antworten, wer den Flüchten die Missionen geben will, braucht nein an.

Es gilt dabei vor allen Dingen schon jetzt die breitesten Flüchten aufmerksam zu machen und aufzulösen, damit nicht Trettmüller entstehen, sondern alle Wähler hat sind.

Weiter gilt es, Stimmzettel und Wahlzähnen einzulegen. Diese sind in der Zeit vom 6. bis einschließlich 13. Juni auszulegen.

Schon jetzt gilt es, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. In den Betrieben müssen unsere Genossen auf die Bildung von Agitationskomitees hinzuwirken.

Agitationslokale sind jetzt vorzusehen und einzurichten. Die Vorbereitung des Volksentscheids hat jetzt schon dabei, die Sabotage zu organisieren. Die unverhohlene Feindseligkeit wird eingespielen. Dabei treten die Flüchtleneignung immer wieder auf, um den Volksentscheid für verfassungswidrig zu erklären.

Um der gewaltigen Wucht der Massenabstimmung müssen diese Pläne zuverlässig werden. Rüstet für die Arbeit!



rote Jungfrontruft zum 2. Reichstagtreffen nach Berlin

Massenaufmarsch gegen die Staatsstreichler

Berlin, 18. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der proletarische Aufmarsch gegen die Revolutionen der Schwarzwehrer und gegen die Separatpolizei vollzog sich gestern auf 4 Plätzen Berlins in wichtigen Demonstrationen. Jede einzelne dieser Demonstrationen war mehrmals so stark als die gesamte monarchistische Demonstration am Sonntag. Die Polizei benahm sich vielfach wieder sehr provozierend gegenüber den demonstrierenden Arbeitern. Die Demonstration war ein scharfer Kampftag gegen die Politik des neuen Kabinetts Wirth, gegen den Raub der Versammlungs- und Rechtssicherungs durch die Justizhauptverwaltung des Innerministers Rümelin, gegen den ganzen monarchistischen, großkapitalistischen Regierungstyp, gegen Hindenburgs gegen jede kapitalistische Regierung, für eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Die Umorganisation der Polizei

Aus den Berichten nächstehenden Kreisen ersehen wir, daß die Verhandlungen mit der Entente zwecks Vereinbarung, daß die deutsche Schutzpolizei so gut wie abgeschlossen sind. Danach Mann verminbert werden. 35—40 000 sollen in Deutschland um rund 20 000 Mann verminder werden. 35—40 000 sollen in geschlossenen Organisationen in den Kasernen verbleiben, davon allein 30 000 Mann. Die Kasernedezernirungen der Offiziere der Bürgerstreitkräfte gegen die Arbeiterschaft bleibt als Basis erhalten. Zwei Drittel der gesamten Polizei sollen militärisch bleibend, ein Drittel soll kommunalpolizei bleibend.

Wie man uns weiter mitteilt, sind natürlich schon Arbeitnehmer vornehmlich wollen, wo sich die Mannschaften der Arbeiterschaft nicht vornehmen lassen und wo doch die jeweiligen gewölfte Einvernehmen zwischen Polizei und Arbeitern ein Völkerrecht besteht, wie in diesen Industriegebieten. Wirklich hat man auch für Sachsen vorläufige Pläne, obwohl Herr Müller auf dem Verbandsrat im Mittwoch nichts davon verlesen ließ.

Für Standorte der polierten Polizei sollen natürlich auch Industriegebiete und große Städte ausgewählt werden, um die Polizei schnell im Bürgerkrieg gegen die Arbeiterschaft einzusetzen.

In der Polizeibeamenschaft, vor allem in der Sächsischen, ist die Erhöhung gegen die Militarisierung unter einem jahrl. in dem demokratischen Innensenator sehr groß.

Der franz. Böllerbund

Kein händeriger Sie für Deutschland

Sen., 18. Mai. (Eig. Drahtbericht.) In der Studienmission zur Verbesserung der Ratsätze im Böllerbund wurde ein Kompromiß dahingehend gewonnen, die Zahl der nicht händerigen Ratsätze auf neun zu erhöhen, während Deutschland in die gegenwärtige Situation keinen händerigen Sie erhält. Die nicht händerigen Ratsätze sollen alle drei Jahre neu gewählt werden. Es sind neue Konflikte zu erwarten, da die Vertreter von Südmmerika und Spanien nur mit starken Bedenken zustimmen. Die Frage der händerigen Ratsätze allgemein soll erst auf der zweiten Tagung der Studienkommission entschieden werden.

Hörtang der Kämpfe in Polen

Warschau, 18. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Noch einen Telephonat des "Vorwärts" aus Warschau betraf die Zahl der Opfer der Kämpfen am Freitag und Samstag 2000 Tote und 1000 Verletzte. Als Programm der neuen Regierung wird angegeben: Durchführung der Bodenreform, nationale Autonomie für Mindenheitssöldner und schwärmere Steuerpolitik. Die Sozialdemokraten, die die von den Kommunisten vorgeschlagene Einheitsfront ablehnen, sind noch zu schwärmend, um auch nur auf die Auflösung des Parlaments hinzuarbeiten. Während die Truppen des Generals Haller rüsten und die Gegenrevolutionäre in Polen der Regierung den Kampf anfangen, befindet sich diese in langen, ergebnislosen Verhandlungen, wie sie eine halbe Revolution durchführen kann, ohne die Reichsmehrheit „undemokratisch“ behandeln zu müssen.

General Haller organisiert die Gegenrevolution

Berlin. Aus der Tschechoslowakei wird berichtet, daß General Haller in Polen 10 000 Mann zusammengezogen habe, mit denen er gegen Piłsudski ziehen wolle. Piłsudski hat in Warschau ein Stabamt gebildet, die Neuwahl des Staatspräsidenten soll ihnen in kurzer Zeit erfolgen. Im Sejm, dem die neue Regierung Piłsudski norgelt werden soll, hat Piłsudski seine Sicherheit. Die polnische Telegraphenagentur erklärt, daß die Regierung Piłsudski nicht die Absicht habe, unter Ausschaltung des Parlaments mit dictatorischen Methoden zu regieren. Das in Ansehung der machtvollen Arche und der Sammlung aller reaktionären Kräfte mit einer Fortdauer des Bürgerkriegs, weint auch nicht in der bisherigen Form, zu rechnen.

Aus der Partei

Hamburg gegen die Ultra-Rechte

Hamburg. Gestern fand der Bezirksparteitag der KPD-Wasseranteile statt. Genosse Thälmann hielt das Referat des Begeisteerten Justizministers. Genosse Urbahns erhielt Gelegenheit, seine Meinung ausreichend klarzulegen.

Die Konferenz lehnte eine Resolution Urbahns mit allen gegen sechs Stimmen und 2 Resolutionen der KPD-Gruppe mit allen gegen fünf Stimmen ab. Die Konferenz nahm die Resolution der Bezirksleitung zur politischen und innerparteilichen Lage und zu den Aufgaben der Partei mit allen gegen 10 Stimmen bei einer Stimmenhaltung an. Die Sitzung der Konferenz war ausgezeichnet, die Aussprache stand auf einem hohen Niveau.

wurden. Bei hochstädiger Leitung förderten die Produktionskonferenzen als "Grundzellen" der wissenschaftlichen Organisation der Produktion dienen und wesentlich die Durchführung aller Maßnahmen zur Erhöhung der Organisation der Produktion erleichtern.

Neue Ansiedlungen im wolgadeutschen Gebiet. Nach einem Plan des Volksommissariats für Landwirtschaft sind aus den größeren wolgadeutschen Dörfern 31 200 Wirtschaften ausgeweidelt und für die neue Siedlungen zu schaffen. Dieser Plan liegt der Wunsch des Bauern, die ihr Land weiter als 10 Hektar vom Dorfe entfernt, zugrunde, dorthin überzuhauen. Nach den bisherigen Berechnungen, die auf ziemlich genauem Datu beruhen, werden im Durchschnitt in jedem Dorf 100 Wirtschaften verbleiben, deren Andenken nicht weiter als 4 Meter vom Dorfe entfernt liegt. Die neuen Ansiedlungen sollen nicht höher als 30 Höfe sein. Auf diese Weise müssen in der Wolgadeutschen Republik rund 1040 neue Ansiedlungen auf einer Fläche von 765 200 Hektar geschaffen werden. Die Ausbau bis zu einer Konsolidierung der Bauern auf Grund eines Vertragsschlusses mit dem Staat, Landesherren vornehmlich, ist vollständig freiwillig.

Wanderung Wolgadeutscher aus Amerika. Um die Frage der Rückwanderung der in Amerika lebenden Bürger, die aus der Republik der Wolgadeutschen stammen, herzulegen, hat das Zentral-Vollzugs-Komitee der Republik eine Kommission aus Vertretern des Zentral-Vollzugs-Komitees, des Rates der Volkskommissariate, der Volkskommissariate, Landwirtschaft und Justiz der Staats-Plan-Kommission und des Bezirks-Komitees der Kommunistischen Partei organisiert. Die Kommission, die ihre Arbeiten bereits aufgenommen hat, wählt den Vertreter des Volkskommissariates, W. Kurs, zu ihrem Leiter.

Landmaschinenfabrik Moskau. Blätter berichten über das Projekt der Gründung einer riesigen Landmaschinenfabrik im Norden am Don. Diese Fabrik soll die größte Landmaschinenfabrik in ganz Europa werden. Mit den Vorarbeiten für die Gründung der Fabrik soll mit Beginn des Wirtschaftsjahrs 1929/30 beginnen. Der Bau der Fabrik soll im Wirtschaftsjahr 1929/30 beendet sein. Die Befestigung der Fabrik soll elektrisch Strom soll durch die Elektrostation "Krem" erfolgen, die entsprechend ausgebaut werden soll.

Im Zusammenhang mit der Steigerung des Produktionszweiges auf den Südbahnen, soll der Eisenbahnbauknotenpunkt in Kiew, d. u. errichtet werden.